Neue Zürcher Zeitung

GASTKOMMENTAR

Blutiger Karneval – Haiti befindet sich im Abwärtstaumel, Hoffnung ist nicht in Sicht

Erdbeben, Hurrikane, Aids, Cholera und nun Corona: Haiti bleibt von kaum einem Unheil dieser Welt verschont. Leider gibt es keine Politik, die dem entgegenträte. Es grassieren Gewalt und Anarchie, Misswirtschaft und Korruption. Das Land ist deutlicher gescheitert denn je.

Hans Christoph Buch

3 Kommentare →

14.02.2021, 05.30 Uhr

Aus urheberechtlichen Gründen wurde das Foto entfernt

Haitis Bürger protestieren gegen Präsident Jovenel Moïse. Jean Marc Herve Abelard / EPA

Am 7. Februar endete die reguläre Amtszeit von Präsident Jovenel Moïse, derzeit Haitis unpopulärster Politiker. Von Donald Trump inspiriert, weigerte er sich, den Präsidentenpalast zu räumen, und will das Volk

über eine neue Verfassung abstimmen lassen, die ihm bis zu den Wahlen im Herbst 2021 und darüber hinaus den Machterhalt sichern soll. In der Zwischenzeit regiert er per Dekret und entzieht sich der politischen Verantwortung, indem er die Frage nach der Zukunft des total heruntergewirtschafteten Landes beantwortet mit Hinweisen auf den Karneval, der wie geplant über die Bühne gehe.

In Haiti ist der Karneval ein Politikum, seit der Diktator Papa Doc 1964 anlässlich des Besuchs einer Menschenrechtskommission der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) auf den blutbesudelten Strassen von Port-au-Prince Karneval feiern und sich zum Präsidenten auf Lebenszeit proklamieren liess. Die Geschichte wiederholt sich nicht – oder doch? Dieser Tage besucht Jovenel Moïse den Karnevalsumzug in der südlichen Hafenstadt Jacmel und lässt gleichzeitig Dutzende politischer Gegner, Kritiker und Aktivisten verhaften, die ihn durch ihren weithin befolgten Aufruf zum Generalstreik zum Rücktritt zwingen wollen.

Gescheiterter Staat

Der 7. Februar 1986 ist ein symbolisches Datum, denn an diesem Tag floh der korrupte Staatschef Baby Doc, der Sohn des Despoten Papa Doc, ins vergoldete Exil. Damals zogen Voodoo-Anhänger, christliche Kirchen, Gewerkschaften und Intellektuelle am selben Strang, die Zivilgesellschaft war geeint im Hass auf die Diktatur und in der Hoffnung auf Demokratie; heute aber ist Haiti tiefer und heilloser gespalten als je zuvor.

Haitis grösste Probleme sind Unsicherheit und Straflosigkeit.

Nicht in rechte oder linke Parteien wie in Europa – solche Zuschreibungen sind hier wenig sinnvoll: Es ist, als hätte das Erdbeben vom Januar 2010, das 300 000 Tote forderte, nicht nur die materielle Infrastruktur, sondern den gesellschaftlichen Konsens auf allen Ebenen zerstört, so dass nichts mehr zusammenpasst. Haiti ist ein gescheiterter

Staat, weit entfernt von der fröhlichen Anarchie, die Karibik-Fans einst pittoresk vorkam – nicht umsonst nannte Graham Greene seinen Haiti-Roman, dessen Verfilmung mit Richard Burton und Elizabeth Taylor unter Papa Doc verboten war, «The Comedians».

Haitis Regierung existiert nur auf dem Papier: Dort, wo sie dringend benötigt würde, in Schulwesen, Gesundheitsfürsorge, Müllentsorgung oder beim Schutz vor Naturkatastrophen, glänzt die Regierung durch Abwesenheit und überlässt die Dreckarbeit humanitären Organisationen und NGO, die gleichzeitig als Sündenböcke herhalten müssen.

Nichts geht mehr: Auf die von Sextouristen verbreitete Aids-Epidemie, für die Haiti zu Unrecht haftbar gemacht wurde, folgte die von Uno-Truppen aus Nepal eingeschleppte Cholera, bis heute nur mühsam partiell eingedämmt. Und es grenzt an ein Wunder, dass die Corona-Pandemie unter den in Slums eingepferchten Armen, die von einem Dollar pro Tag leben, bisher nur wenig Tote gefordert hat. Ist das die Ruhe vor dem Sturm, oder liegt es am Fehlen sanitärer Kontrollen und amtsärztlicher Registrierung? Das ist nur eine der Paradoxien des Alltags

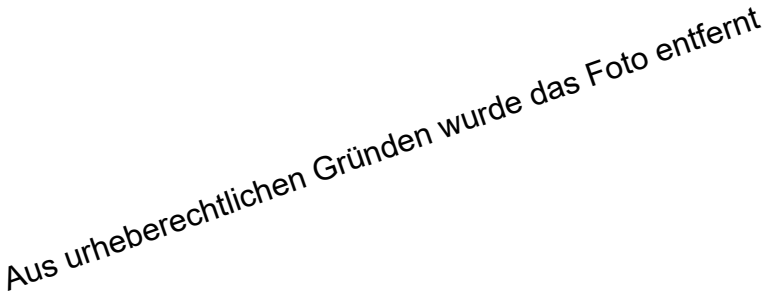
in Haiti, dessen Bevölkerung laut Uno-Statistik überwiegend aus Arbeitslosen oder Geringverdienern und aus einer Handvoll Millionäre besteht, die wenig bis gar keine Steuern zahlen.

Horror und Protest

Haitis grösste Probleme aber sind Unsicherheit und Straflosigkeit («l'insécurité et l'impunité»): Eine Welle politisch oder kriminell motivierter Kidnappings (eigentlich fast dasselbe) rollt über das Land, die, gekoppelt mit Morden, Raubüberfällen und gewalttätigen Demonstrationen, nicht enden wollende Verkehrsstaus verursacht, in denen Eltern und Kinder steckenbleiben und Horrorszenarien erleben. Ganze Schulbusse werden entführt und exorbitante Lösegelder verlangt wie im Fall der 22-jährigen Evelyne Sincère, der besten Studentin ihres Jahrgangs, die im November viehisch vergewaltigt und tot auf eine Müllkippe geworfen wurde, weil ihre Eltern das Lösegeld nicht aufbringen konnten.

Das war selbst für Haiti zu viel, die Zivilgesellschaft ging auf die Strasse

und forderte die strenge Bestrafung des Täters, den seine Komplizen, aktive oder ehemalige Polizisten, die mit Kidnappern unter einer Decke stecken, den Behörden übergaben, um ihr angekratztes Image aufzupolieren. Die ebenfalls entführte Gattin des Sicherheitschefs des Nationalpalasts, Maritza Beaubrun Hérard, aber kam nach Zahlung des Lösegelds unversehrt frei.



Demonstranten fordern in Port-au-Prince den Rücktritt des unbeliebten Präsidenten Jovenel Moïse.

Dieu Nalio Chery / AP

Der Gipfel der Straflosigkeit war erreicht, als Haitis meistgesuchter Bandenchef Jimmy «Barbecue» Cherisier mit bewaffneten,

vermummten Anhängern gegen Unsicherheit und Entführungen und für den Verbleib des amtierenden Präsidenten demonstrierte: und das ausgerechnet in La Saline, einem Armenviertel , wo er und seine Leute im November 2018 ein Massaker mit zahlreichen Toten verübt und Frauen im Beisein ihrer Kinder vergewaltigt hatten.

Die Rückkehr von Exilhaitianern der sogenannten Diaspora, deren Geldüberweisungen aus Kanada und den USA mehr betragen als Haitis Staatsbudget, ist fast zum Erliegen gekommen – die meisten Menschen wollen nur noch weg, egal wohin. Brasilien und Chile, die nach dem Erdbeben kurzzeitig die Grenzen öffneten, machen Corona-bedingt dicht, Kuba und die USA schicken «boat people» zurück, und in Jamaica sind sie so wenig willkommen wie in der Dominikanischen Republik.

Kein Silberstreifen am Horizont

Unter diesen Umständen sind Neuwahlen nicht die Lösung, sondern Teil des Problems: Zum einen, weil sie von Boykottaufrufen, Brandanschlägen und Sabotageakten begleitet oder überschattet

werden. Gefälschte Wahlzettel tauchen auf Müllhalden auf und so fort. Zum anderen, weil der Verlierer den Wahlsieger nicht anerkennt oder umgekehrt: «The winner takes it all», lautet die Devise, Koalitionsgespräche, Konsens und Kompromiss sind so unbekannt wie Parteiprogramme und Ideologien, denn jeder Kandidat hat alle Hände voll zu tun, seine Anhänger mit Geld oder Jobs zu versorgen und mit Posten und Privilegien bei der Stange zu halten.

«Die Krise der haitianischen Gesellschaft ist nicht nur partiell oder vorübergehend», schreibt die Kongregation der Jesuiten in einem vielbeachteten Communiqué. «Sie betrifft alle Sphären und Schichten und untergräbt die Fundamente des Staates sowie jedweder Moral. Wir leben am tiefsten Punkt des Abgrunds ohne Silberstreifen am Horizont.»

Hans Christoph Buch ist Schriftsteller und lebt in Berlin. Sein jüngster Roman «Robinsons Rückkehr. Die sieben Leben des H. C. Buch» erschien kürzlich in der Frankfurter Verlagsanstalt.